

Verkanntes Ostdeutschland? Warum der Osten anders ist, konservativer und zugleich auch zukunftsweisender.

Wie „rechtsextrem“ und wie „diktaturgeschädigt“ ist der Osten Deutschlands, Herr Wanderwitz?

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), hat kürzlich den Umstand, dass in Ostdeutschland anscheinend eine stärkere Neigung als im Westen besteht, rechtsradikale Parteien (wie die AfD) zu wählen, mit der DDR-Vergangenheit der Ostdeutschen in Verbindung gebracht. Wanderwitz behauptet, dass wir es im Osten mit Menschen zu tun haben, „die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind.“ Ein Teil der Bevölkerung habe „gefestigte nicht demokratische Ansichten.“ Und nur ein geringer Teil der AfD-Wähler sei „potentiell rückholbar“, man könne daher nur „auf die nächste Generation“ hoffen. (1) In anderen Worten, jene Generationen der Ostdeutschen, die in der DDR sozialisiert wurden, wären für die „Demokratie auf immer verloren“ und für rechtes Gedankengut anfällig oder dem Rassismus verfallen. Das träfe auf ein gutes Viertel der ostdeutschen Bevölkerung zu, die für eine moderne demokratische Gesellschaft nicht mehr zu gewinnen sei. Man kann die Auffassung von Wanderwitz kritisieren und zum Beispiel darauf verweisen, dass es 2021 in Sachsen-Anhalt vornehmlich jüngere Menschen waren, welche die AfD gewählt haben. Aber in einem Punkt kann man ihm kaum widersprechen: Noch heute ist der Osten Deutschlands in wesentlichen Aspekten anders als der Westen. Die Frage ist, warum das so ist? Und besteht das Anderssein des Ostens wirklich darin, dass die Menschen so „diktatursozialisiert“ sind, dass sie als Erblast ihrer DDR-Vergangenheit eine tief verinnerlichte rechtsradikale Mentalität mit sich herumschleppen? Ganz nebenbei, aber doch nicht so nebenbei: Wenn man die in DDR geborenen und sozialisierten Ostdeutschen als eine Identität begreift, dann ist das „Ossi-bashing“ des offiziellen Ostbeauftragten nichts anderes als krude Diskriminierung dieser durch den Transformationsprozess eh schon gebeutelten und benachteiligten „Identität“. Wo bleibt eigentlich der empörte Aufschrei der linksliberalen Identitätspolitik?

Christine Keilholz (Redakteurin der in Cottbus erscheinenden ‚Lausitzer Rundschau‘, ehemalige Autorin der LVZ) meint zum Beispiel, Wanderwitz spreche für den neuen Osten und seine Kritik betreffe den alten Osten. (2) Denn in Ostdeutschland seien die Verwerfungen zwischen den Generationen, zwischen den Alteingesessenen und den Dazugekommen besonders groß. „Die einen können die Vergangenheit nicht lassen. Die anderen wollen die Zukunft... Der alte Osten ist nicht in der DDR steckengeblieben, sondern in der Nachwendezeit. Der alte Osten denkt bei Wirtschaft an die Treuhand, die herzlos abwickelte. Der neue Osten denkt an Innovation Hubs und schreibt Anträge auf Start-up-Förderung. Der alte denkt bei Politik an Landschaften, die doch nicht so toll aufgeblüht sind. Der neue denkt an gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer vielfältigen Community. Der alte fragt als erstes: Wo kommst du her? Der neue fragt: Wo siehst du dich morgen?“ Und: Der alte Osten habe „in manchem Recht und verdient in vielem Anerkennung. Aber wir können den Osten von heute nicht mehr mit den Bildern von gestern beschreiben.“ (3) Aber was heißt das? Sind die DDR-sozialisierten Ostdeutschen einfach nur rückwärtsgewandt? Und muss man nur geduldig warten, bis sie von der Bühne abgehen? Ist der „neue Osten“ wirklich so verschieden vom „alten Osten“? Markus Decker lobt Wanderwitz für seine Kritik, die bei Menschen in Ostdeutschland

eine stärkere Neigung zur Wahl rechtsradikaler Parteien als im Westen des Landes sieht. Das habe auch mit der SED-Diktatur zu tun, denn aus ihr resultierte „eine Staats- und Demokratieferne mancher Ostdeutscher ebenso wie die Neigung, sich als Objekt der Geschichte zu sehen und nicht als Subjekt.“ (4) Heißt das, dass die Ostdeutschen, eben jene „Spezies“, die bisher die einzige friedliche Revolution in Deutschland vollzogen haben, sich weder als aktive Gestalter und Subjekt der Geschichte verstehen noch als solche handeln, etwa im Unterschied zu den „subjektagilen“ Schwestern und Brüdern im Westen? Wie soll dieser Umstand, wenn es denn so wäre, die Wahlpräferenzen von einem Viertel der Ostdeutschen für die AfD erklären? Ich kann es nicht nachvollziehen. Iris Gleicke, ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, kritisiert Wanderwitz dafür, dass er einen Teil der ostdeutschen Bevölkerung schlicht und ergreifend für verloren gibt, „was politisch unakzeptabel und aus dem Mund eines Ostbeauftragten unerträglich ist.“ (5) Gleicke machte geltend, „man müsse sich um die vielfältigen Ursachen für den Aufstieg der AfD kümmern. Dazu zählten große ökonomische Ungleichheit, ein Gefühl der Ohnmacht in einer komplizierten Welt, ein tiefgreifender Vertrauensverlust, die ‚Sehnsucht nach einfachen Lösungen oder die fatale Neigung zur Suche von Sündenböcken.‘“ (6) Auch die Kanzlerin, Angela Merkel, hat sich geäußert und bekundet, dass sie keinen Menschen als verloren für die Demokratie betrachtet sehen wolle.

Warum sind aber Ostdeutsche, nachdem sie bereits Jahrzehnte in einer „bürgerlichen Demokratie“ leben oder dort sogar sozialisiert worden sind, in wesentlichen Aspekten immer noch so anders als Westdeutsche? Und wie wird dieses Anders-Sein gesehen und wie will die Gesellschaft damit umgehen?

Die Antwort auf diese Frage ist sehr komplex und hat wenig mit dem simplen Muster von „braune Diktatur – rote Diktatur – für immer Diktatur-geprägt“ zu tun. Man muss dieses Anderssein der West- und Ostdeutschen vor dem Hintergrund der sozialökonomischen und kulturellen Unterschiede verstehen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg zwischen Ost und West herausgebildet haben und die über 30 Jahre nach der „Wiedervereinigung“ immer noch nicht verschwunden sind. Diese Unterschiede sind – was den Osten betrifft – gewiss auch Folge der DDR, aber eben nicht nur und vor allem auch nicht primär. Das Anderssein von West und Ost ist vielmehr ein Phänomen, das sich erst nach dem Zusammenbruch der DDR voll herausgebildet und im Vollzuge der Wiedervereinigung reproduziert und teilweise auch zugespitzt hat. Ich möchte im Folgenden meine Auffassung in zwölf Thesen darstellen.

(1)

Der falsche Grundansatz für die „Modernisierung“ der ostdeutschen Nach-Wende-Gesellschaft.

Wenn es ein Konzept für die Wiedervereinigung gab und dieses darin bestand, den Osten Deutschlands per Institutionen- und Elitentransfer binnen weniger Jahre an den Westen anzugleichen, dann muss man nach über 30 Jahren konstatieren: Dieses Konzept der schnellen Angleichung des Ostens an den Westen ist gescheitert. (7) Der Osten ist in relevanten Aspekten anders geblieben und auch

anders geworden als der Westen. In einigen Punkten hat eine Angleichung (nachholende Modernisierung) durchaus stattgefunden, was zum Beispiel die allgemeine materiell-technische Ausstattung, die Infrastruktur und auch den Lebensstandard (Einkommen, Wohnsituation, Mobilität) betrifft. Rainer Geißler spricht sogar von einer „historisch einmaligen nachholenden Wohlstandsexplosion“, welche die Ostdeutschen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erlebten. (8) Allerdings ging dies auch mit einer Zunahme von sozialen Ungleichheiten einher und der Aufholprozess hat sich zudem in den 2000er Jahren wieder verlangsamt. Die Ost-West-Wohlstandslücke, die in den 1990er Jahren nach und nach verkleinert worden war, ist wieder größer geworden. „Der nach der Vereinigung ins Auge gefasste Aufholprozess in den neuen Ländern ist nicht nur ins Stocken geraten, sondern phasenweise rückläufig.“ (9) In wesentlichen Aspekten hat sich Ostdeutschland nicht an den Westen angeglichen bzw. hat sich anders entwickelt als gemeinhin erwartet. Dies betrifft insbesondere die Mentalität, die Ausprägung der sozialen Milieus und auch die Wirtschaftsstruktur. Man muss daher den historischen Großversuch, Ostdeutschland per „nachholende Modernisierung“ – durch Übertragung der bundesdeutschen Institutionen und Regeln - auf die Schnelle an das westliche Vorbild anzugleichen, als ein gescheitertes Experiment betrachten. Eine spannende Erfahrung der ostdeutschen Transformation lautet: Es ist zwar möglich, Institutionen aus einem sozialen System auf ein anderes Gebiet zu transferieren, aber nicht in der gleichen Weise das kulturelle Geflecht und die Werte, die mit diesen Institutionen verknüpft und für deren effektives „Funktionieren“ notwendig sind. Dies ist auch dann nicht der Fall, wenn es sich – wie bei den beiden deutschen Staaten – um Gebiete bzw. Menschen handelt, die durch eine gemeinsame Geschichte und Sprache geprägt sind. Vielmehr muss man darauf achten bzw. daraufhin arbeiten, dass sich die importierten Institutionen mit der tradierten Kultur und den Erfahrungen der Menschen im „Transplantationsgebiet“ organisch verbinden. Dieser wichtige Faktor wurde im gesamten Transformationsprozess nicht bzw. viel zu wenig beachtet.

(2)

Die Unterschiede zwischen Ost und West waren fundamentaler als vermutet.

Das betrifft namentlich die Frage, welche Gesellschaften und Lebenswelten sich 1990 „vereinigt“ haben. Die grundlegende Differenz zwischen der alten BRD und der ehemaligen DDR betraf nicht nur das politische und ökonomische System (Kapitalismus versus Sozialismus), sondern vor allem auch den Stand der wirtschaftlichen (industriellen) und sozio-kulturellen Entwicklung. Während die DDR eine Industriegesellschaft „mit überdimensionierten Arbeiter- und Bauernschaften“ war, entwickelte sich die Bundesrepublik seit den 1970er Jahren bereits zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Dies hatte weitreichende Folgen für den „Vereinigungsprozess“. Denn bei der „Wiedervereinigung“ und der Transformation in Ostdeutschland geht es nicht nur um die Frage der „Systemunterschiede“, sondern auch um die Frage von Industrialismus und Postindustrialismus. Die „Wiedervereinigung“ war ein Prozess, in dem die homogene Industriegesellschaft der DDR, der nach dem Systemwechsel die Industrie und für lange Jahre auch die Arbeit abhanden ging, an die kapitalistische Wohlstandsgesellschaft der BRD angeschlossen wurde, in der sich bereits postindustrielle und postmoderne Veränderungen vollzogen. Ein überraschender Vereinigungseffekt (zumindest für

viele Ostdeutsche) bestand daher darin, dass die ehemaligen DDR-Bürger in einen Kapitalismus „gerieten“, den sie – gebrochen durch eine ohnehin beschönigende Medien- und Intershop-Brille – über viele Jahre so nicht wahrgenommen hatten und auf den sie auch nicht vorbereitet waren. Die Ostdeutschen hatten einen „Teilhabe- oder Einbeziehungskapitalismus“ im Blick, der sich dadurch auszeichnete, dass „die arbeitende Mehrheit in etwa dem gleichen Maße am Produktivitätsfortschritt partizipierte wie die Unternehmer.“ (10) Als viele von ihnen 1990 riefen „Wir wollen die D-Mark“, hofften sie, endlich auch „Teil jener westdeutschen Wohlstandsexplosion zu werden, die in den sechziger Jahren begann, aber tragischer Weise jäh an ihr Ende kam, als die Mauer fiel.“ (11) Was die Ostdeutschen nach der Wende aber wirklich bekamen, das war ein Kapitalismus, der sich in ein neoliberales Gesellschaftsmodell transformierte und den viele im Osten als abschreckend erlebten. Für viele war die Begegnung mit dieser Form des Kapitalismus ein Kultur-Schock, der lange nachwirkt, im Grunde bis heute.

Die DDR war eine sozialistische Industriegesellschaft, die sich selbst als ein „Staat der Arbeiter- und Bauern“ definierte. Und das war sie auch in vieler Hinsicht in der Praxis. Es gab einen Kult um die Arbeiterschaft als „führende Klasse“, der nicht nur eine ideologische Überhöhung darstellte, sondern auch im wirklichen Leben eine Rolle spielte. Die Rolle der Wissensarbeiter – das war einer der Nebeneffekte des „Arbeiterkults“ – wurde weit weniger wertgeschätzt als in der Bundesrepublik und als sie – was die „neue Rolle der Wissenschaft als Produktivkraft“ betrifft – auch in der DDR hätte werden sollen und müssen. Das ökonomische und soziale Leben in der DDR drehte sich nicht um Befindlichkeiten und Belange der Wissensökonomie, sondern war größtenteils von Themen der industriellen Entwicklung und von proletarischen und kleinbürgerlichen Lebenskulturen geprägt. Ostdeutsche waren und sind – vor allem aufgrund ihrer sozialistisch-industriellen Prägung - in ihrer ganzen Lebenseinstellung und in ihren Werten traditioneller geformt als Westdeutsche. Wer die DDR verstehen will, der muss insbesondere verstehen, dass sie eine „um die Arbeit zentrierte“ Gesellschaft war, in der soziale Werte wie Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Freundschaft, Solidarität und Unterstützung einen großen Stellenwert hatten. „Es gab fast nichts, was nicht mit der Arbeit im engsten Zusammenhang stand: Einkommen, Freizeit, Urlaub, Gesundheitsvorsorge, Krankenbetreuung, Kultur, Rentnerbetreuung, Freundschaftsbeziehungen, Liebe und Sexualität, Feiern, Kinderbetreuung.“ (12) Demoskopische Untersuchungen haben bei den Menschen, die noch in der DDR sozialisiert wurden, eine erstaunliche Werthomogenität festgestellt. Diese ist nicht allein mit der Propaganda zu erklären, wie Ilko-Sascha Kowalczyk zurecht bemerkt, „sondern wesentlich mit dem Stellenwert von Kollektivität und Arbeit in der DDR.“ (13) Die ehemaligen DDR-Bürger waren – so Befunde der Werteforschung – in ihrem Werteprofil homogen und stärker von den sogenannten Pflicht- und Akzeptanz-Werten bestimmt als die Westdeutschen. Typisch für Ostdeutsche, insbesondere für jene mit DDR-Sozialisation, ist zudem eine hohe Erwartungshaltung an den Staat und die Eliten, insbesondere was die Regelung von Fragen des Gemeinwohls betrifft. Diese Grundhaltung wird jedoch auch von Aversionen gegen ideologische Bevormundung, Abneigungen gegen staatstragende Medien sowie gegen „Denkverbote und Sprachregelungen“ im Allgemeinen geprägt. Auch in der DDR setzte ein Wandel zu den Selbstentfaltungswerten ein – allerdings später und verzögert im Vergleich zur alten BRD - der Ende der 1970er Jahre vornehmlich die jüngeren DDR-Generationen

erfasste. Sie waren es vor allem, die Ende der 1980er der DDR den Rücken kehrten. Die typischen DDR-Bürger, insbesondere die älteren Generationen, orientierten sich bei ihrer Neu(er)findung in der westlichen Systemwelt an Leitwerten wie Ordnung, Disziplin, Leistungsstreben, Pflichterfüllung und Gemeinschaftssinn. *Und diese tradierte Mentalität, welche die DDR-Bürger in die Wiedervereinigung mitnahmen, tut sich sehr schwer mit dem neo- und linksliberalen Modernismus, den sie im Westen vorfanden und der sich in den Nachwendejahren immer mehr verstärkte.*

(3)

Persistenz der tradierten DDR-Mentalität und der „Cultural Lag“ (14)

Sozialisierte Lebensmuster und Mentalitäten zeichnen sich durch eine Beharrungstendenz aus, die auch im Systemumbruch zum Tragen kommt. Der rasche Institutionentransfer war und ist daher mit einem Mentalitätslag verbunden, der sich in Dissonanzen zwischen dem transferierten System der Institutionen und den Menschen im „Transplantationsgebiet“ manifestiert äußert. Eine Erkenntnis, die bei der politischen Gestaltung der Transformation im Osten nicht oder viel zu wenig beachtet wurde. Es gibt gewiss nachhaltige Nachwirkungen der DDR, denn zumindest die „Kultur-DNA“ des Arbeiter- und Bauernstaates wirkt in den ostdeutschen Transformationsprozess längere Zeit hinein. Viele der ehemaligen DDR-Bürger erkennen aber offenbar erst im Nachhinein wie stark ihre Prägung durch dieses System ist, das viele von ihnen kritisiert, abgelehnt oder auch bekämpft haben, mit dem sie aber in ihrer komplexen Lebensgestaltung auch vielfältig verbunden waren. Diese „Kultur-DNA“ prägte alle DDR-Bürger in irgendeiner Art und Weise, auch die, die in der Opposition zum Staat gelebt oder diesen später verlassen haben. Wer verstehen will, was in Ostdeutschland passiert, der muss den „Cultural Lag“ im ostdeutschen Transformationsprozess verstehen, der sich darin äußert, dass viele Ostdeutsche Probleme mit den demokratischen Institutionen haben, die im Vollzuge der Vereinigung im Eilverfahren in Ostdeutschland implementiert wurden. Wie lange dauert der „Cultural Lag“? Man kann davon ausgehen, dass sich „ostdeutsche Mentalitätsmuster“ im Verlaufe der Zeit modifizieren und bei nachfolgenden Generationen von Ostdeutschen abschwächen oder verschwinden. Es ist allerdings schwer zu sagen, wann und wie es geschehen wird. Der Prozess dauert bereits jetzt länger und verläuft komplexer, als man allgemein angenommen hatte. Wenn aber erworbene Mentalitätsmuster nach dem Systemwechsel fortwirken, dann gibt es nach der „Wiedervereinigung“ sowohl eine westdeutsche als auch eine ostdeutsche Mentalität, die sich voneinander unterscheiden und die ein unterschiedliches Ansehen genießen. Die westdeutsche Mentalität wurde mit dem „Sieg des westlichen Systems“ zum Leitstandard für das gesamte neue Deutschland, während die ostdeutsche Mentalität zum Merkmal bzw. Stigma der Verlierer degradiert wurde. Auch das hat mit dazu beigetragen, dass Ostdeutsche das Gefühl haben, „Bürger zweiter Klasse“ zu sein.

Die DDR war eine weitgehend homogene Gesellschaft, aber es war auch nicht alles gleich.

Das mentale Gepäck, mit dem die ehemaligen DDR-Bürger in die für sie neue Welt des Kapitalismus starteten, wies auch Unterschiede auf, die einen Einfluss darauf hatten, wie sich jemand in der kapitalistischen Ordnung zurechtfindet und organisiert. Den einen haben die mentalen Ressourcen bei der Entwicklung einer beruflichen und

Lebensperspektive geholfen, den anderen haben sie den Umstieg und die Integration eher erschwert. Eine bekannte Transformations-Formel lautet: Wer in der DDR gegen den Sozialismus oder im „Widerstand“ war, der hatte es leichter, sich mit Erfolg in der kapitalistischen Marktwirtschaft durchzusetzen als jemand, der sich in der DDR systemnah positioniert und verhalten hatte. Diese scheinbar plausible Annahme ist durch die Geschichte widerlegt worden. Darauf wurde bereits kurz nach Wende in einer Fall-Studie zum bürgerschaftlichen Engagement hingewiesen. (15)

Der „gelernte DDR-Bürger“ startete in die kapitalistische Gesellschaft mit einer doppelten (problematischen) Erblast: zum einen mit einer Sozialisation und Prägung durch das System der DDR und zum anderen mit dem mentalen Rucksack der sozialistischen Industriegesellschaft. Letzteres erwies sich dann für viele als das schwierige Gepäck. Denn der erfolgreiche „Sprung“ in den Kapitalismus war weniger davon abhängig, ob der betreffende Ostdeutsche systemnah bzw. ideologisch mit der DDR verbandelt war, sondern hing hauptsächlich davon ab, ob seine tradierte Arbeits- und Lebenswelt durch Werte und Regeln der Industriearbeit oder mehr durch das Milieu einer (postindustriellen) Wissensarbeit geprägt war. Dieses Milieu der Wissensarbeit war in der DDR vor allem in Bildungs- und Forschungsinstitutionen oder an den Universitäten und Hoch- und Fachschulen vorhanden. Das erklärt auch, weshalb viele von den „systemnahen Wissens-Arbeitern“ nach der Wende recht erfolgreich waren, auch dann, wenn sie ihren „gelernten Job“ aufgeben und sich in neue Betätigungsfelder begeben mussten, und warum große Teile der Arbeiterschaft große Probleme hatten, sich in der in der neuen Welt des Kapitalismus zurechtzufinden. Es gab Gewinner und Verlierer des Systemwechsels. Wozu man gehörte, hing – neben dem Glück, was immer wichtig ist - maßgeblich von der Mentalität, dem Arbeitsumfeld und den damit verknüpften beruflichen und sozialen Kompetenzen ab. Den meisten war Anfang der 1990er Jahre nicht klar, was sie im Westen erwartet und ob sie zu den Gewinnern oder Verlierern zählen werden. Viele irrten sich in ihrer Einschätzung. Viele von denen, die 1990 begeistert die Wiedervereinigung forderten, gehörten dann zu denen, die ins Hintertreffen gerieten. Es gab Verlierer und Gewinner und diese Situation hat sich in Ostdeutschland grundsätzlich verfestigt. Wer Verlierer war, der blieb in der Regel Verlierer. Und Gewinner blieben Gewinner, wenn sie keine gravierenden individuellen Fehler machten. Zu den Verlierern gehörte man, wenn man durch die industrielle Arbeitswelt geprägt war und nach der Wiedervereinigung keinen vergleichbaren Job in der Industrie mehr bekam. Gewinner waren vor allem jene, die aufgrund ihrer Distanz zum industriellen Arbeits- und Denkmodus eher in der Lage waren, die Chancen der neuen Ordnung zu nutzen oder sich selbst als (Neu)Unternehmer oder erfolgreiche Selbständige neu zu erfinden. Wenn vielen Ostdeutschen die Umstellung auf ein für sie völlig neues Wirtschafts- und Lebenskonzept zu Beginn der 1990er Jahre große Probleme bereitete, dann trifft das in besonderem Maße auf das in der DDR vorherrschende Arbeitermilieu zu. Die Wende bringt Auf- und Abstiege. 1993 stehen zum Beispiel 23 % Aufstiegen 77 % Abstiegen gegenüber. (16) Von den Abstiegen sind vor allem die traditionellen sozialen Formationen der Arbeiter und Angestellten betroffen. Die industrielle Basis des Arbeitermilieus, des größten Sozialmilieus Ostdeutschlands, bricht nach 1990 dramatisch ein. (17) Eine der Schlüsselfragen des ostdeutschen Transformationsprozesses lautet: Was geschieht mit der einst mächtigen Industriearbeiterschaft, die in der DDR als „führende Klasse“ („Helden der

Produktion“) hofiert wurde und nach der Wiedervereinigung eine unerwartete und rasante Abwertung erfährt?

(4)

Der Systemwechsel eröffnete neue Spielräume und Chancen, war aber zugleich mit Erschütterungen und Verlusten verbunden, die für viele größer waren als die Zugewinne.

Ein wichtiges Ergebnis der Nach-Wende-Zeit besteht darin, dass sich in Ostdeutschland ein neuer Mittelstand - inklusive ein expandierendes Segment von Selbständigen und Freelancern - sowie ein breiter Dienstleistungssektor herausgebildet haben. Die Wirtschafts- und Erwerbsstruktur der DDR wies – im Vergleich zur Bundesrepublik - zwei große „Modernisierungsdefizite auf: einen erheblichen Rückstand im Dienstleistungsbereich und eine gravierende Mittelstandslücke. Der selbständige Mittelstand war in DDR-Zeiten „quasi vernichtet“ worden und musste nach 1990 neu aufgebaut werden. (18) Das ist geschehen, wenn auch mit Besonderheiten. Der neue Mittelstand, der in Ostdeutschland entstanden ist, entspricht vom Anteil her in etwa dem Westniveau, unterscheidet sich aber von diesem durch „eine buntere Zusammensetzung“, was Herkunft und wirtschaftliche Situation betrifft. Im Osten gibt es mehr Kleinbetriebe und "Notgründungen" aus der tatsächlichen oder drohenden Arbeitslosigkeit heraus. Auch die Polarisierung beim Einkommen ist größer. Viele der Selbständigen erzielen lediglich unterdurchschnittliche Verdienste. (19) Gerade die prekäre Situation der Selbständigen und Kleinbetriebe hat sich durch die Corona-Krise weiter verschärft. Speziell ist auch, dass der neue Mittelstand im Osten - vor allem was die Neugründungen in den 1990er Jahren betrifft – von Teilen der agilen Leistungs- und Sub-Elite der ehemaligen DDR getragen wird, von denen wiederum nicht wenige aus dem Bereich der Wissensarbeit kommen. Der Systemwechsel brachte neue Spielräume für die Selbstentfaltung, vor allem die Möglichkeit, sich als Unternehmer oder Selbständiger zu versuchen. Nicht wenige Ostdeutsche, deren Karriere mit dem Untergang der DDR beendet wurde, haben diese Möglichkeiten genutzt. Darunter auch diplomierte und promovierte Geistes- und Sozialwissenschaftler, die im Geiste des Marxismus-Leninismus ausgebildet worden waren und nach der Wende abgewickelt wurden und ihren Job verloren. Sie traten einen bizarren Marsch in die Marktwirtschaft an, gründeten Unternehmen, machten sich mit ihrem Know-how selbständig oder wurden Mitarbeiter, nicht selten auch Führungskräfte, in Unternehmen. Den allermeisten war zwar der Weg nach ganz oben, namentlich in die oberen Führungsetagen von großen Konzernen, versperrt, aber sie haben sich doch erfolgreich im Kapitalismus neu erfunden. Aus ideologischen Gegnern des Kapitalismus wurden so nicht selten mittelständische Kapitalisten, neue Selbständige oder Manager. Der neue ostdeutsche Mittelstand bzw. das neue ostdeutsche Unternehmertum enthält so einen DDR-sozialisierten Elitenkern. Die Geschichte dieser speziellen „Transformation“ muss meines Erachtens noch geschrieben werden.

Auch wenn ein Teil der Ostdeutschen, vor allem die „Wissensarbeiter“, von der Wiedervereinigung profitierte, die Verluste und virulenten Leerstellen, die der Zusammenbruch der DDR-Arbeitsgesellschaft hinterließ, waren insgesamt dramatisch und haben die Begeisterung für die neuen Möglichkeiten nicht wenig

gedämpft. Die Ostdeutschen wurden im Prozess der „Wiedervereinigung“ mehrfach entwertet und abgehängt, nicht nur aufgrund ihrer Prägung durch das sozialistische System, sondern vor allem aufgrund ihrer Sozialisation und Prägung in der Industriegesellschaft der DDR. Mit dem Anschluss an die BRD erfährt praktisch die gesamte ostdeutsche Bevölkerungsgruppe eine drastische Entwertung ihrer Lebensleistungen. Der in der DDR hochangesehene Arbeitsethos der Pflichterfüllung, Werte wie Fleiß, Selbstdisziplin, Gemeinschaftsorientierung oder Bescheidenheit (statt aggressive Selbstvermarktung) verlieren plötzlich ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Erworbene Qualifikationen und bisher erfolgreiche Lebensmuster und berufliche Karrieren werden über Nacht ausgemustert. Von den Ostdeutschen wird nicht nur der harte Umstieg in den Kapitalismus, sondern auch in die postindustriell-neoliberale Variante dieses Systems verlangt. Ein erheblicher Teil der in der DDR sozialisierten Ostdeutschen schafft den erfolgreichen Sprung in die postmoderne Welt der Selbstentfaltung, Selbstdarstellung und der individualisierten Wissensarbeit nicht mehr. Ganze Regionen, vor allem der kleinstädtisch-ländliche Raum und soziale Gruppen wie die Industriearbeiterschaft der ehemaligen DDR, werden sukzessive abgehängt. Abgehängt von der ökonomischen Prosperität bzw. der Wohlstandsentwicklung und auch von den „Wohlfühl-Effekten“ der postmodernen Kulturalisierung. (20) Der Zusammenbruch der DDR-Arbeitsgesellschaft und die Auflösung der damit verbundenen Werte, Gemeinschaftsformen und Lebenskultur hatte verheerende Folgen. Denn die Menschen verloren nicht nur ihre Arbeit, wie Kowalczyk treffend bemerkt, „sondern auch soziale Beziehungen und sozialen Zusammenhalt, der größtenteils über die Arbeit gestiftet und gefestigt worden war.“ (21) Sie verloren mit dem Untergang der sozialistischen Arbeitsgesellschaft neben ihrer Arbeit auch „einen Großteil ihrer Lebenszusammenhänge und – organisationsformen, sprich ihrer Lebenskultur und –qualität“. (22) Das kam einer „sozialen Katastrophe“ gleich. Mit dem Verlust der Arbeit und der Entwertung ihrer Lebensleistungen wurde vielen auch ein Stück ihres Lebens genommen, zumindest empfanden sie so. Viele wurden plötzlich aus überschaubaren sozialen Milieus und planbaren Lebensverläufen herausgerissen. Alte Sicherheiten, auch wenn sie zuvor als einengend empfunden worden waren, verschwanden und hinterließen schmerzhaft leere Stellen. Verwurzelt in einer eng verbandelten Regional-Welt mit sozialer Nähe und „sozialer Rundumversorgung“ (23) wurden viele nach der Wiedervereinigung in die globalisierte Welt des Neoliberalismus mit gesellschaftlicher Vereinsamung und anonymer Kälte geworfen. Die Startbedingungen für den Übergang in die digitalisierte und globalisierte „Postmoderne“ sind für Ost- und Westdeutsche daher sehr unterschiedlich. Ostdeutsche fühlen sich als Verlierer einer „doppelten Transformation“, die aus der Überlagerung von Beeinträchtigungen des Vereinigungsprozesses durch den postindustriellen Wandel und die globale Entwicklungsdynamik resultiert. *Und hier liegt zumindest eine der Ursachen für die unterschiedliche Intensität und Schärfe, mit der Ost- und Westdeutsche auf „Modernisierungstrends“ und Globalisierungs-Herausforderungen reagieren.*

(5)

Die Menschen im Osten erleben vor allem die Schattenseiten des postindustriellen Wandels: die Ausbreitung einer neuen Unterklasse und das Phänomen der soziokulturellen Entkopplung.

Die Industriegesellschaft der DDR wurde im Vollzuge der Wiedervereinigung binnen

weniger Jahre zerstört, ohne dass sich im Osten eine ausgewogene postindustrielle Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur herausgebildet hat. In Ostdeutschland fehlen nicht nur die Großbetriebe, es gibt auch viel zu wenig neue Unternehmen im Bereich der Wissensarbeit. Die Zerstörung der Industrie im Osten hat nicht zum Aufblühen eines hochwertigen Dienstleistungssektors geführt, sondern eher zu abgehängten Regionen und entkoppelten sozialen Gruppen. Ehemalige Hochburgen der sozialistischen Großindustrie, wie in Sachsen-Anhalt, wurden binnen weniger Jahre in abgehängte Zonen transformiert. Es fehlt an innovativen Unternehmen im Bereich der „Wissensarbeit“ und diese Lücke korrespondiert damit, dass es in Ostdeutschland kaum größere Unternehmen gibt, deren Zentralen im Osten sind. Verlängerte Werkbänke mögen gut für die Beschäftigung sein, sind aber kein Ersatz für Unternehmen, die ihren „Kopf“ und ihre Forschungs- und Wissenspotentiale in den ostdeutschen Ländern haben. Für viele Ostdeutsche war die „nachholende Modernisierung“ mit Verlusten an Lebensleistung, Zusammenhalt und sinnstiftender Beschäftigung verbunden. Das hat den Sympathien für die bürgerlichen Freiheiten und für das demokratische Modell geschadet, vor allem bei jenen Menschen, die beruflich und kulturell am stärksten von der industriellen Gesellschaftsform geprägt waren. Das Segment der Wissensarbeiter in der ehemaligen DDR, von denen viele systemnah waren, gehört hingegen zu den ökonomischen Gewinnern der Transformation. Die große Mehrheit bekommt im modernen Dienstleistungssektor neue, gut bezahlte Anstellungen oder kann sich als Unternehmer oder als Selbständige neu aufstellen. (24)

Die postindustriellen Veränderungen, die sich nach 1990 vollziehen, zeigen sich vielen Ostdeutschen oft nur in ihren düsteren Wirkungen. Es sind besonders die einfachen Dienstleistungen im Niedriglohnbereich und der Bereich jener Menschen, die von der Arbeit und der Gesellschaft entkoppelt werden, die sich rasant entfalten.

Im Prozesse der neoliberalen Postindustrialisierung bildet sich in den modernen westlichen Gesellschaften eine neue Unterklasse heraus. Hierbei handelt es sich um eine „prekäre Klasse“, das heißt um eine Klasse mit strukturell unsicheren Lebensbedingungen. „Ein Teil dieser Gruppe bewegt sich außerhalb des Arbeitsmarktes, lebt von staatlicher oder familiärer Unterstützung und zählt damit zu jenen, die man soziologisch mit dem Etikett der „Ausgeschlossenen“ oder der „Überflüssigen“ versehen hat. Diese Gruppe findet sich vor allem in deindustrialisierten, strukturschwachen Regionen. Ein anderer, wichtiger Teil der prekären Klasse ist das sogenannte Dienstleistungsproletariat oder die *service class*. Diese ist konzentriert auf die Metropolregionen, welche die entsprechenden Arbeitsplätze in großer Zahl anbieten. Schließlich finden sich in der prekären Klasse auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in angelernten und tendenziell ungesicherten Tätigkeiten im industriellen oder landwirtschaftlichen Sektor.“ (25) Das Einkommen ist in der Unterklasse generell unterdurchschnittlich. Man bewegt sich häufig in der Nähe des Mindestlohnes. Sowohl ihr ökonomisches als auch ihr kulturelles Kapital ist gering. In dieser Klasse „ballen sich die sogenannten Niedrigqualifizierten.“ Was die Werte betrifft – Selbstdisziplin und Ordnung -, ist die neue Unterklasse der alten Mittelklasse des Industriekapitalismus verbunden, aber ihr Lebensmuster ist das Sich-durch-schlagen oder sich Durchwursteln. (26) Im Vergleich zur Arbeiterschaft der Industriegesellschaft erfährt die neue Unterklasse

jedoch soziale Deklassierung und kulturelle Entwertung. Soziale Deklassierung, weil harte und mühselige körperliche Arbeit entwertet wird und nicht mehr ausreicht, um sich einen passablen sozialen Status leisten zu können. Kulturelle Entwertung, weil im Spätkapitalismus körperliche Arbeit deutlich weniger Ansehen erfährt als „Wissens- und Kommunikationsarbeit und harte Routinetätigkeit weniger als geistig-kulturelle Innovation.“ (27) Der Unterschied zur stolzen Arbeiterklasse des industriellen Zeitalters ist eklatant. Im Unterschied zum Industrieproletariat ist in der prekären Klasse ein negatives Klassenbewusstsein vorherrschend, man nimmt sich selbst als „sozial abgehängt“ wahr. (28) Im postindustriellen Kapitalismus wächst und „gedeiht“ der Niedriglohnbereich und das neue Segment der soziostrukturell entkoppelten Menschen, entkoppelt von der Arbeit (die viele bisher als Sinn- und Strukturstiftend erfahren haben) und auch zunehmend von der aktiven Teilhabe an der Gesellschaft. Diese Seite der postmodernen Transformation trifft vor allem die Ostdeutschen hart, die aus einer um die Arbeit zentrierten Industriegesellschaft kommen, in der es geringe Ungleichheiten gab. Das änderte sich mit der Wiedervereinigung, insbesondere ab den 2000er Jahren, als Ungleichheit und Polarisierung enorm zunehmen, in Ostdeutschland weit stärker als in Westdeutschland. Im Osten stellt sich dieser Prozess als eine „nachholende Spreizung“ der Wohlstandsunterschiede dar. Der Anteil der Armen ist in Ostdeutschland inzwischen besonders groß und er hat stärker zugenommen als in Westdeutschland. Die Prekarisierung der Arbeit leistet auch einen Beitrag zur zunehmenden Spaltung des Arbeitsmarktes in „gute“ und „schlechte“ Arbeitsplätze, letztere sind im Osten zahlreich, erstere sind knapp. Die Lasten dieser Flexibilisierung haben dabei die bereits benachteiligten Gruppen zu tragen, und diese sind wieder im Osten vorherrschend. (29) Die wachsende Polarisierung zwischen West und Ost zeigt sich nicht nur in der Verteilung der Arbeit („gute“ und „schlechte“ Arbeitsplätze), sondern auch in der Vermögensungleichheit. Insbesondere ältere Ostdeutsche über 65 Jahre weichen bei Vermögen erheblich vom Durchschnitt ab, „weil sie in der DDR kaum Vermögen bilden konnten und im vereinten Deutschland mit den Risiken von Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen leben mussten.“ (30) Die sozio-kulturellen Effekte der Prekarisierung sind vor allem in Ostdeutschland dramatisch, denn viele verlieren hier mit der Arbeit auch Gemeinschaft und Lebenssinn. Die Verluste an Zusammenhalt und sinnstiftender Beschäftigung (Arbeit und bürgerschaftliches Engagement), die mit dem Untergang der DDR verbunden waren, konnten danach nicht annähernd ersetzt und kompensiert werden. Das, was einmal weg ist, ist für lange Zeit unwiderruflich weg. Aus den Trümmern der Arbeitsgesellschaft der ehemaligen DDR entsteht in Ostdeutschland eine neue Unterklasse: das prekäre Proletariat des postindustriell-neoliberalen Kapitalismus. Dieses moderne Prekariat ist im Osten besonders stark vertreten und prägt maßgeblich die Eigenart der ostdeutschen Gesellschaft.

(6)

Abstieg und Deklassierung der „führenden Klasse“ der ehemaligen DDR. Der Anschluss der DDR an die BRD besiegelte und beschleunigte den Abstieg und die Deklassierung der Industrie-Arbeiterklasse der DDR. Der Verlust des Arbeitsplatzes in der Industrie ist mehr als nur ein Jobverlust. Er fällt zusammen mit dem Verschwinden jenes sozialistischen Industrie-Biotops, in dem sich das Leben bisher abspielte und in dem man sich auf lange Sicht eingerichtet hatte. Der Verlust

des Arbeitsplatzes war für viele Ostdeutsche verbunden mit der Auflösung ihrer gewohnten Lebensweise und einer Entwertung ihrer bisherigen Arbeit und Lebensleistungen. Aber in besonderer Weise trifft das auf die industrielle Arbeiterschaft zu. Große Teile finden sich nach dem Systemwechsel in der neuen Unterschicht wieder, sowohl ökonomisch als auch kulturell. Der angesehene Job in der Industrie ist weg; entweder man(n) ist arbeitslos, hat keinen festen (gutbezahlten) Job mehr oder man(n) ist in den einfachen und niedrigbezahlten Dienstleistungssektor abgerutscht. Die wenigen Jobs in den Relikten der Industriebetriebe der DDR oder in den neuen Werkbänken der Konzerne aus dem Westen (BMW in Leipzig, VW in Zwickau) verändern dieses Gesamtbild nicht. Das, was sich in westlichen Regionen über einen Zeitraum von Jahrzehnten hinzog, geschieht im Osten im Zeitraffer von einigen Jahren und mit großer Heftigkeit. „Wer zählt sich heutzutage noch freiwillig zum Proletariat? Der einst stolze Prolet ist längst ausgestorben, der Rest zum plumpen Vollproll degeneriert. Aus dem Proletariat ist ein Heer, eine Armada aus Ich-AGs geworden. Jeder kämpft für sich selbst.“ Schreibt und lästert der Comedian Olaf Schubert. Aus der mächtigen Industriearbeiterschaft der ehemaligen DDR wird im Osten über Nacht das Prekariat des postindustriellen Spätkapitalismus. Gestern noch „führende Klasse“ und „hofiert“ von der politischen Elite, nach der Wiedervereinigung der Abstieg in den Niedriglohnbereich oder die Arbeitslosigkeit. Viele werden plötzlich in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse hineingeworfen, ein großer Teil dann auch für immer. Ganze Regionen, ehemals industrielle Hochburgen der Arbeiterklasse, werden deindustrialisiert und abgehängt. (31) In den Jahren nach der Wende spielen sich verheerende Prozesse der soziokulturellen Entkoppelung vieler Menschen von der Arbeit und zunehmend auch von der Gesellschaft ab. *Davon hat sich die ostdeutsche Gesellschaft bis heute nicht „erholt“. Kein Wunder, dass ein Viertel der Menschen in Ostdeutschland nicht nur Probleme mit dem Rechtsstaat und der parlamentarischen Demokratie hat, sondern mittlerweile mit dem gesamten etablierten System fremdelt, welches die meisten von ihnen noch 1990/1991 euphorisch bejubelt hatten.*

Die Abwertung des männlichen Status und der Verlust von bereits errungener Gleichberechtigung für viele ostdeutsche Frauen.

Die klassische Industriearbeiterschaft ist sehr stark männlich geprägt, während in den (neuen) Wissensberufen Frauen den Ton angeben. Sie sind, so Reckwitz, die Gewinner der „Bildungsrevolution“ und profitieren von der postmodernen Transformation. (32) Insofern geht der Bedeutungsverlust der klassischen Industriebetriebe und der Aufstieg der neuen akademischen Wissensberufe einher mit einer Bedeutungsverschiebung in der Geschlechterordnung. In den aufstrebenden neuen Wissensberufen wächst der Anteil und das Prestige der akademisch qualifizierten Frauen. In der traditionellen Arbeiterklasse spielt ein bestimmtes Männlichkeitsbild eine große Rolle. Ein Mann ernährt eine Familie und hat das Leben im Griff. Männlichkeit definiert sich durch Körperkraft und die Fähigkeit zum Zupacken. All das hat in der postmodernen Welt, in der die Rolle der männlich geprägten Industriearbeit schwindet, an Wert verloren. In dem Maße, wie die Industriearbeit und die typischen Berufe der alten Mittelklasse an Bedeutung verlieren, *schwindet die Dominanz des Mannes in der Erwerbsarbeit und die Rolle von qualifizierten Frauen nimmt enorm an Gewicht zu.* Und dieser Statusverlust ist für Männer nicht einfach und kann sich bei Betroffenen in Frustration und politischer

Radikalisierung äußern. *Aber die Prekarisierung hat auch ein weibliches Gesicht.* Denn die einfachen Dienstleistungen werden überwiegend von Frauen verrichtet, die zudem nicht selten allein eine Familie durchbringen müssen. Diese Frauen haben eher verloren. „In einem klassischen Arbeiterhaushalt, wo das Einkommen des Mannes für alle reichte, war ihr Alltag womöglich weniger belastend.“ (33)

Wenn die postmoderne Gesellschaft eine Gesellschaft ist, in der es zu einem historisch einmaligen Machtzuwachs von Frauen kommt, sowohl in wirtschaftlicher, in politischer und auch in kultureller Hinsicht, (34) dann betrifft dies nur einen bestimmten Teil der Frauen. Ob eine Frau zu den Gewinnern oder zu den Verlierern gehört, ist keine Frage des Geschlechts, sondern hängt davon ab, welcher sozialen Klasse sie zugehört. Die postindustrielle Gesellschaft ist - was die Rolle der Frauen betrifft - eine äußerst gesplante Gesellschaft. Die Geschlechterordnung ist zuvorderst immer noch eine Klassenfrage. Der grundlegende Unterschied besteht nicht darin, ob jemand Frau oder Mann oder etwas anderes ist, sondern darin, welcher sozialen Klasse jemand zugehört. Gehört man der neuen Mittelklasse an, zählt man in der Regel zu den Gewinnern und partizipiert zumeist auch von gut bezahlten Jobs. Eine Frau, die in der Geschäftsführung oder im Vorstand eines Unternehmens sitzt, verdient nicht nur allemal mehr als ein Mann, der sich als Hausmeister oder Transportfahrer im prekären Dienstleistungssektor durchschlagen muss. Sie hat auch ein größeres Ansehen und sie repräsentiert mit ihrem Lebensstil und ihren Werten zumeist auch den postmodernen Zeitgeist. Für akademisch qualifizierte Frauen bedeutet Erwerbstätigkeit oft einen Gewinn an Freiheit und Status, während gering qualifizierten Frauen kaum eine andere Wahl haben, als schlecht bezahlte Dienstleistungsjobs anzunehmen.

Der Osten ist anders, auch was die Rolle und den Status der Frauen betrifft. Im Osten stellt sich die postmoderne Machtverschiebung in der Geschlechterordnung anders als im Westen dar. Denn das Aufstiegsmilieu der neuen Wissensarbeit, in dem Frauen eine wichtige und treibende Kraft sind, ist vor allem in den Metropolregionen zu finden. Und diese sind hauptsächlich im Westen vorhanden, während sie im Osten – ebenso wie das postmoderne Milieu - nur schwach ausgeprägt sind. Die massive Deindustrialisierung hat im Osten nicht nur zu einer Entwertung des männlichen Leitbildes vom Helden der Produktion und vom Mann als Familien-Ernährer geführt, vielmehr sind hier auch viele Frauen in das Prekariat herabgefallen, die in der DDR in vergleichsweise gut bezahlten Jobs beschäftigt und ökonomisch unabhängig waren. Der Abstieg in das Prekariat trifft im Osten ganze Familien und nimmt DDR-sozialisierten Ost-Frauen dabei auch bereits erfahrene Selbständigkeit und gelebte Gleichberechtigung wieder weg. Die ökonomische und kulturelle Situation der Frauen ist gerade im Osten gespalten. Ein kleiner Teil, in der Regel jünger und akademisch qualifiziert, gehört dem postmodernen Aufstiegsmilieu zu. Der größere Teil, insbesondere die DDR-sozialisierten Frauen, gehören zu den Verlierern der Postindustrialisierung und sie haben auch andere Erfahrungen und Vorstellungen von Gleichberechtigung und Emanzipation. Durch die Gruppe der Frauen im Osten geht ein ökonomischer und kultureller Riss. Der postmoderne Feminismus ist ein westliches Phänomen, das allenfalls für jüngere Frauen im Osten, die nach der Wende geboren wurden, eine emanzipatorische Rolle spielt. Die DDR-sozialisierten Frauen stehen – ebenso wie ihre Männer – dem postmodernen Feminismus und Genderismus äußerst skeptisch gegenüber. *Der postmoderne*

Wandel trifft im Osten auf eine breite Phalanx von Unverständigen und Widerständigen, die nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen gebildet wird.

(7)

Schwächung und Beschädigung der ostdeutschen Zivilgesellschaft.

Wie in jeder Gesellschaft haben sich auch in der DDR viele Menschen in Organisationen, Gemeinschaften oder auch „nur“ für die Nachbarschaft oder Freunde engagiert. Es gab ein breites soziales Engagement, das vom Staat gefördert wurde und das zumeist auch eng mit dem System verbunden war - „systemnah“ oder „staatstragend“. (35) Und natürlich gab es auch jenes Engagement, das sich in den Nischen oder im Widerspruch zur Staatsmacht entfaltete. Die Grenzen zwischen beiden waren nicht selten fließend. Beide Formen gingen ineinander über, oft auch in den individuellen Biografien. Dieses historisch gewachsene Potenzial, das eng mit der Arbeitswelt verquickt und in die Strukturen des DDR-Systems eingebunden war, wurde mit der Zerstörung der DDR-Industrie großenteils paralyisiert und mit entsorgt. Damit war ein signifikanter Verlust an gelebter Gemeinschaft und eine tendenzielle soziale Entwurzelung verbunden. Mit dem Untergang der DDR ging ein Schwund im Gemeinschaftsleben und im bürgerschaftlichen Engagement einher, der in der Nachwendezeit noch an Dynamik gewann. Nicht wenige der in der DDR entstandenen Gemeinschaftsformen sind erst in den Nachwende-Zeiten erodiert. Organisationen wie die Kirche konnten solche Verluste an organisatorischer Anbindung nicht kompensieren, denn der Osten Deutschlands ist längst eine weitgehend konfessionslose Gegend. Verschärft wurden diese Verluste an sozialem Zusammenhalt durch die „Sinnkrise“, mit der viele Ostdeutsche nach der Wende zu „kämpfen“ hatten. Denn Leitbilder und Werte, die bisher galten, wurden plötzlich nicht nur ausgemustert, sondern auch im Nachhinein diskreditiert. Mit dem Systemwechsel fühlten sich viele Ostdeutsche daher auch in ihrem bisherigen sozialen Engagement diskreditiert und stigmatisiert. Und nicht wenige frag(t)en sich, wie es z.B. 1992 eine ehemalige DDR-Bürgerin im Rahmen einer Befragung zum ehrenamtlichen Engagement zum Ausdruck brachte: „All die Energien, die persönlichen Opfer, die ich aus innerer Verpflichtung und Verantwortung gegenüber der großen gemeinschaftlichen Sache aufgebracht habe, sollen mit einem Male sinnlos gewesen sein?“ Sie versteht das alles nicht und ist sich auch keiner Schuld bewusst. Sie fühlt sich von der Geschichte, von der Gesellschaft ungerecht behandelt. Und sie zieht daraus die Konsequenz: „Sich nie wieder für eine gemeinschaftliche Sache dieser Art ehrenamtlich zu engagieren. Sie will sich auf das konzentrieren, was sie meint, früher vernachlässigt zu haben: Ihre persönliche Sphäre, ihre Familie, ihren Job.“ (36) Ein wenig beachteter Nebeneffekt des Unterganges der DDR-Arbeitsgesellschaft besteht darin, dass damit auch bürgerschaftliches Engagement zerstört bzw. paralyisiert wurde, welches sich im Gefüge der DDR-Institutionen herausgebildet hatte und das für das „Funktionieren“ des neuen Gesellschaftsmodells gebraucht worden wäre. Es geht also nicht nur darum, wie Steffen Mau herausstellt, dass im Zuge der „Wiedervereinigung“ das „mit der Friedlichen Revolution verbundene Potenzial an demokratischer Willensbildung vielfach ungenutzt blieb, (37) sondern dass vielmehr auch zivilgesellschaftliche Ressourcen verloren gingen und ungenutzt blieben, die sich im Rahmen der DDR-Gesellschaft entfaltet hatten. Geht man davon aus, dass in einer intakten und lebendigen Zivilgesellschaft die gesellschaftliche

Selbstorganisation vom freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürgern sowie von einer breiten Vielfalt von freiwilligen Assoziationen getragen wird, dann wurde die Formierung einer ostdeutsche Zivilgesellschaft durch den harten „Modell-Transfer“ und die Auflösung der DDR-Arbeits- und Gemeinschaftswelt erheblich beeinträchtigt. Das war und ist mit einer kritischen Destabilisierung der ostdeutschen Gesellschaft verbunden. Dieser Verlust an zivilgesellschaftlichem Potential, der bis heute nicht wieder voll ersetzt werden konnte, traf den ländlichen Raum besonders hart.

Die eigentliche Frage ist daher nicht, ob Schäden vom Sozialismus geblieben sind, sondern welche Schäden durch die Zerstörung der DDR-Gesellschaft entstanden sind. Die Frage ist nicht, ob die sozialistische Diktatur nachwirkt und sich in obrigkeitsorientierten Einstellungen oder rechtsextremen Verhaltensmustern manifestiert, sondern wie sich die Zerstörung bzw. Beschädigung der ostdeutschen Zivilgesellschaft auf die Nachwende-Entwicklung auswirkt.

(8)

Es gibt ein ostdeutsches Elitendilemma und dieses besteht darin, dass im Osten eine eigene Elite fehlt, von der sich die „Einheimischen“ vertreten, verstanden und inspiriert fühlen. Der Verlauf der „Wiedervereinigung“ wird von einer verfehlten Elitenpolitik und einer kontraproduktiven Diskreditierung der ehemaligen Leistungsträger der DDR-Gesellschaft konterkariert.

Wenn die „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten von einer Strategie inspiriert und geleitet war, dann muss man heute wohl eingestehen, dass diese Strategie in Grundannahmen falsch war. Die Bewertung von Angela Merkel zur Situation in Afghanistan im Sommer 2021, „Wir haben alle die Entwicklung falsch eingeschätzt“, trifft auch auf die Entwicklung in Ostdeutschland zu. Der „siegreiche“ Westen wollte Demokratie, wirtschaftlichen Aufschwung und den „Geist der Freiheit“ nach Ostdeutschland bringen. Aber die „Sieger“ haben die Mentalität der Menschen und die verheerenden Folgen der Zerstörung der DDR-Arbeitsgesellschaft von Beginn an falsch eingeschätzt. Die „Vereinigungspolitik“ war zudem von „Management-Fehlern“ belastet, die auf längere Sicht kontraproduktiv wirken. Das betrifft nicht nur die radikale Deindustrialisierung (Treuhand), sondern auch den Umgang mit den „systemnahen“ Leistungsträgern und (Sub)Eliten der DDR. Die DDR war eine Leistungsgesellschaft und die große Mehrheit der Leistungsträger war irgendwie auch systemnah. Wer die DDR in der Rückschau diffamiert und kriminalisiert („Unrechtsstaat“), der diskreditiert die Mehrheit der Ostdeutschen und vor allem auch die aktiven Leistungsträger, von denen sich viele nach der Wende, zumindest was die wirtschaftliche Existenz und soziale Lage betrifft, erfolgreich in der Marktwirtschaft (re-)organisiert haben. Die Abwertung und teilweise auch Kriminalisierung ostdeutscher Biografien und Lebensleistungen ist eine kontraproduktive politische Strategie, die das Ankommen der Ostdeutschen in der „Demokratie“ belastet und gerade auch die Identifikation der endogenen Leistungseliten mit dem neuen System erschwert.

Ostdeutschland hat ein spezielles Elitenproblem. Denn der Osten ist bis heute eine Region, die – in Bezug auf die Spitzen- und Schlüsselpositionen - weitgehend von endogenen Eliten entleert ist. Und dieses Defizit ist kritisch. Denn: „Eliten zählen zu den Deutern und Sinngebern, den Erklärern und Identitätsstiftern. Das sind sie ganz unabhängig von ihrer Herkunft.“ (38) Wenn endogene Eliten fehlen, hat das fatale Folgen für die Gesellschaft.

In Ostdeutschland hat nach 1990 ein durchgreifender Elitenaustausch stattgefunden. In der bundesdeutschen Gesellschaft sind nur 1,7 Prozent aller Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft an Ostdeutsche vergeben und die politische und administrative Macht-Elite in Ostdeutschland wird in der Hauptsache von Führungskräften gestellt, die in Westdeutschland geboren sind bzw. einen westdeutschen Sozialisations-Hintergrund haben. Der Anteil von Ostdeutschen in bundes- und auch in ostdeutschen Elitepositionen ist weit geringer als nach ihrem Bevölkerungsanteil erwartet werden könnte. So sind in Ostdeutschland rund 30% der Entscheider aus dem Osten und 70 % sind westdeutscher Herkunft. Gemeinhin wurde erwartet, dass die personelle Unterpräsenz der Ostdeutschen in den Eliten mit den Jahren abnehmen und verschwinden würde. Das Gegenteil ist der Fall. Der Anteil von Ostdeutschen in den Eliten ist seit 1990/94 in Ost- und auch in Gesamtdeutschland nicht gewachsen, sondern stetig gesunken. (39) Bei der Dominanz Westdeutscher in den gesamtdeutschen und auch ostdeutschen Eliten handelt es sich offenbar um keinen Übergangseffekt, sondern um ein längerfristiges Phänomen. Die Marginalisierung von Ostdeutschen in den Eliten (Ost)Deutschlands hat sich verstetigt. Woran liegt das? Zu Beginn der 1990er war für die Eliten-Verdrängung Ostdeutscher (insbesondere von Angehörigen der alten DDR-Eliten) - neben politischen Kriterien („Systemnähe“) und wirtschaftlichen Umständen (fehlende Konzernzentralen im Osten, abgewinkelte volkseigene Betriebe, die nur zu 5 Prozent an Ostdeutsche gingen...) - das zunächst fehlende Expertenwissen in Bezug auf das Funktionieren der westlichen Institutionen ein ausschlaggebender und rationaler Faktor. Aber das ist keine Erklärung für die nachhaltige personelle Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Eliten. Mittlerweile wirkt eine systemische Eliten-Ausgrenzung ostdeutscher Erfahrungen und Lebensmuster, die durch den eigendynamischen Faktor der sozialen Schließung von Eliten verstärkt wird: Eliten rekrutieren sich aus sich selbst, wenn sie sich einmal gebildet haben. Und das ist im Osten mit den westdeutschen Transfereliten geschehen. Elite kann man nicht lernen, argumentiert der Elitenforscher Michael Hartmann. In die Elite wird man geboren. Eliten tendieren dazu, geschlossene Kreise zu bilden, deren Mitglieder sich durch Herkunft und Sozialisation, durch Denk- und Sprachmuster, Lebensstile und Geschmacksurteile ähnlich sind. Ostdeutsche, die nicht im westdeutschen Eliten-Milieu geboren und aufgewachsen sind, haben daher einen fundamentalen Nachteil. Ihnen fehlt der „richtige Stallgeruch“ bzw. der elitäre „Habitus“, auf den es in westdeutschen Elitenkreisen ankommt. In der DDR war eine proletarische Herkunft und die damit verbundene Mentalität ein Vorzug für eine höhere Karriere und den Aufstieg in die Elite. Im System der bürgerlichen Gesellschaft erweist sich das gerade als Makel. Der Systemwechsel hat also nicht nur massenhaft „soziales und kulturelles Kapital“ der Ostdeutschen entwertet, er hat auch den bisher vorherrschenden „Eliten-Habitus“ der ehemaligen DDR-Bürger und

ihrer Nachkommen ausgemustert. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die westdeutsche Dominanz in den Eliten fort dauert und – dank eines gewissen Nepotismus – weiter reproduziert wird. (40) Es könnte erklären, warum auch für jene Ostdeutschen, die nach 1990 geboren wurden, der Zugang – zumindest in die oberen Etagen - der Eliten noch immer verschlossen ist.

Ein problematisches Ergebnis der „Wiedervereinigung“ besteht darin, dass im Osten aus den „westdeutschen Aufbauhelfern“ eine neue Oberschicht entstanden ist, die sich reproduziert und auf längere Sicht den Kernbestand der Eliten in Ostdeutschland bildet, wenn alles so bleibt, wie es ist. Wenn man auf den Faktor Zeit setzt, könnte sich dann folgendes Szenario ergeben: Die neue Oberschicht der „westdeutschen Immigranten“ gibt ihren Habitus und andere „Kapitalien“ an ihre Nachkommen weiter. Diese wiederum werden zumeist in Ostdeutschland das „Licht der Welt erblicken“ und hier ihren Aufstieg in die Eliten machen. So würden dann aus den Kindern und Kindeskindern dieser westdeutschen Oberschicht „echte“ ostdeutsche Elitenangehörige werden. Und dann hätte alles – dem Schein nach - seine Ordnung und der Zeitpunkt wäre gekommen, an dem soziologische Studien berichten könnten: Die Eliten in Ostdeutschland werden in der Mehrheit von Personen mit ostdeutscher Herkunft gestellt. Was nicht mehr auf den ersten Blick sichtbar ist, das wäre die nachhaltige Eliten-Verdrängung der in der DDR sozialisierten Generationen von Ostdeutschen und deren Nachkommen.

Gräben durchziehen die ostdeutsche Eliten-Landschaft, die nicht sein sollten. Gräben zwischen den westdeutsch dominierten Eliten und der ostdeutschen Mehrheitsbevölkerung, aber auch innerhalb der Eliten in Ostdeutschland.

Westdeutsche besetzen derzeit die Spitzenpositionen in den öffentlichen Institutionen und in den großen Unternehmen, während Ostdeutsche vorwiegend auf den mittleren (operativen) Ebenen vertreten sind. Das Problem ist, dass es zwischen beiden Gruppen keinen wirklichen Dialog und auch kaum echte Kooperation gibt. West- und ostdeutsche Elitengruppen sind offenbar „zwei Kulturen“ geblieben, die einander weiter fremd sind und die auch in unterschiedlichen „Welten“ agieren. Westdeutsche sind in den oberen Etagen von öffentlichen Einrichtungen, von Verwaltung und Hochschulen sowie in großen Konzernen überrepräsentiert. Sie agieren in eigenen Netzwerken und bauen diese weiter aus, in der Regel mit Personen aus den eigenen Reihen. Und sie reproduzieren und verstetigen allein schon damit die Dominanz Westdeutscher in den oberen Etagen der Eliten, während Ostdeutsche im Bereich der mitteständischen Wirtschaft stärker vertreten sind und sich mit mittleren Führungsebenen „abfinden“ müssen. *Der Institutionen- und Elitentransfer hat so zu einer „westdeutschen Überschichtung“ der „ostdeutschen Teilgesellschaft“ geführt. Andere, wie Steffen Mau, sprechen von einer „Überschichtung des Ostens durch westdeutsche Eliten.“ (41)*

Warum sollte es aber ein Problem sein, wenn 30 Jahre nach dem Systemwechsel die obere Elite noch immer von westdeutschen Führungskräften gestellt wird?

Es ist vor allem deshalb ein Problem, weil die „westdeutschen Transfer-Eliten“ aufgrund ihrer andersartigen Sozialisation wenig vertraut mit den Erfahrungen und der Mentalität der Ostdeutschen und oft auch ungenügend mit der ostdeutschen Gesellschaft verbunden sind. Es gibt westdeutsche „Elitengruppen“ im Osten, die weitgehend abgeschottete Milieus bilden und im „eigenen Saft“ schmoren. Sie haben neben dem Mentalitäts- und Kontextmangel auch ein Integrationsdefizit. Ausnahmen bestätigen die Regel. Salopp formuliert: Die importierten „Häuptlinge“ kommen nicht aus den Reihen der „einheimischen Indianer“, sie verstehen diese nicht recht oder bemühen sich zu wenig um dieses Verständnis. Umgekehrt fühlen sich die „einheimischen Indianer“ von den fremden „Häuptlingen“ nicht angemessen vertreten und stehen ihnen skeptisch gegenüber. Das ist an sich keine gute Konstellation für die Gestaltung des Transformationsprozesses. Denn eine funktionierende Zivilgesellschaft benötigt immer auch eine eigene Elite, die mit den Menschen in der Region vertraut ist und deren Interessen vertritt und reflektiert. Viele Ostdeutsche fühlen sich, wie Raj Kollmorgen feststellt, „nicht angemessen durch die Führungsetagen der Gesellschaft vertreten. Dieser Mangel stört sie und ihr Gerechtigkeits- und Gleichheitsempfinden. Damit besteht die Gefahr eines schwindenden Vertrauens in die Eliten und dann auch in die Institutionen, die sie rekrutieren und die sie repräsentieren. Ein erheblicher Anteil der erwachsenen Ostdeutschen steht daher den westdeutsch dominierten Eliten skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie identifizieren diese Eliten nicht als ‚eigene‘, sondern als ‚fremde‘ Führungsgruppen.“ (42) Und diese Entfremdung der Ostdeutschen von den westlichen Eliten sowie von den importierten demokratischen Institutionen ist in den Jahrzehnten nach der Vereinigung nicht geschrumpft, sondern hat sich – „nicht zuletzt im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschulden - und der Migrationskrise“ – verstärkt. (43) Für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft ist zudem wichtig, dass der Zugang zu den Spitzenpositionen der Gesellschaft grundsätzlich für alle sozialen Gruppen offen ist. Es ist daher per se demokratieabträglich, wenn Ostdeutschen noch immer der Zugang zu den Eliten erschwert und verbaut wird. Solche Transformationsgesellschaften, in denen das Alte radikal zerstört und das Neue von außen übergestülpt und von einer fremden Elite repräsentiert wird, sind instabil und anfällig für Verwerfungen.

Eliten spielen beim Zusammenschluss von verschiedenen Systemen eine Schlüsselrolle, denn der Erfolg der „Vereinigung“ hängt maßgeblich davon ab, ob von jeder Organisation genügend eigenes Führungspersonal an Bord ist bzw. bleibt, das durch gemeinsame Erfahrungen und Mentalität mit den Angehörigen der jeweiligen Organisation verbunden ist. Eine Ausgrenzung oder Marginalisierung der Eliten einer Organisation hat auf Dauer einen kontraproduktiven Effekt, insbesondere dann, wenn ein System seine Institutionen auf das Gebiet des anderen Systems überträgt. Die neuen Institutionen schlagen im sozio-kulturellen Grund des Transfergebietes um so besser Wurzeln und werden von den Menschen um so besser angenommen, je stärker die endogenen Eliten vertreten sind und um so mehr von den „eigenen Leuten“ in die Schaltzentralen der neuen Ordnung aufgenommen werden. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und der selbstbewussten Mitgestaltung. Was im Osten fehlt, ist eine starke endogene Gruppe von Elitenangehörigen in allen Bereichen der Gesellschaft – in der Politik, in der öffentlichen Verwaltung, in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft - die mit der

einheimischen Bevölkerung eng verbunden ist. Und deshalb ist die Forderung von Anne Hähmig - auch wenn ich mit einigen Argumenten von Anne Hähmig nicht einverstanden bin - richtig und überfällig: „Der Osten braucht eine neue Elite und diese Elite muss eine eigene sein.“ (44)

(9)

Im Osten mangelt es an einer eigenständigen Diskurs- und Reflexionskultur.

Das Eliten-Dilemma im Osten wird durch das Fehlen einer eigenständigen Diskurs- und Reflexionskultur verschärft. Es gibt in Ostdeutschland bis heute kein wirkliches öffentliches Forum für den eigenständigen zivilgesellschaftlichen Diskurs. Derzeit sind alle wichtigen Leitmedien in westdeutscher Hand oder werden von Westdeutschen dominiert. In dem Maße, wie den Ostdeutschen nach der Wende die endogene Elite abhandengekommen ist, ist auch ein eigenes intellektuelles Sprachrohr für die Artikulation ihrer Befindlichkeiten und Interessenlagen verschwunden. Eine „die Zivilgesellschaft tragende intellektuelle Bevölkerungsschicht“ ist in Ostdeutschland kaum mehr wahrnehmbar. Und die Gründe dafür liegen nicht zuletzt in der „rigorosen Entfernung ostdeutscher Intellektueller aus ihren bis 1989 ausgeübten akademischen Berufen; eine Entfernung, die weit über die erforderliche Erneuerung und den einigungsbedingten notwendigen Umbau der Wissenschaftslandschaft hinausging.“ (45)

Der Anschluss der ehemaligen DDR an den Westen war mit einem weitgehenden Ausschluss von ostdeutschen Intellektuellen aus der etablierten Wissenschaft und quasi auch aus dem öffentlichen Leben verbunden, dessen Folgen sich erst zeitversetzt zeigten. „Die ostdeutsche Bevölkerung hatte weder vor 1989 noch nachher Zugang zu einer eigenen politischen Öffentlichkeit, in der konfligierende Gruppen hätten eine Selbstverständigungsdebatte führen können.“ (46) Die Bürger der ehemaligen DDR wurden nicht nur ihres Eigentums in Gestalt der Volkseigenen Betriebe, sondern vielmehr auch ihrer eigenen Medien enteignet. „Die westdeutsche Presse besorgte nämlich die Abwicklung der ostdeutschen Schriftsteller und Intellektuellen, in deren Worten sich bis dahin die DDR-Alltagserfahrungen hatten artikulieren und widerspiegeln können.“ (47) Es gibt praktisch bis heute kein nennenswertes Forum für den zivilgesellschaftlichen Diskurs, in dem vorzugsweise Ostdeutsche als Betroffene und Akteure ihre Ansichten über die gesellschaftliche Entwicklung äußern und austauschen und ostdeutsche Befindlichkeiten authentisch und offen debattiert werden. Und es fehlt bis heute eine wahrnehmbare Gruppe bzw. Schicht von ostdeutschen Intellektuellen, die den öffentlichen Diskurs über Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung führt und einen adäquaten Zugang zu den öffentlichen Medien hat. In diese Diskurs-Lücke sind Kräfte wie die AfD gestoßen, die sich um die verletzte „ostdeutsche Seele“ bemüht und ihre Wahlkämpfe unter Losungen wie „Wir sind das Volk“ oder „Vollende die Wende“ stellt. Die AfD hat diese Lücke nicht geschaffen, sie hat sie genutzt, weil sie auch nach über 20 Jahren Vereinigung nicht geschlossen, weil sie von den „anderen“ nicht passend besetzt wurde und weil sich die Linke aus ihrer Verantwortung, die Interessen der benachteiligten Ostdeutschen zu vertreten, selbst entlassen hat. Bollingers Hypothese gilt noch heute: „Ohne Intellektuelle, die mit den BürgerInnen der Neufünfländer Erfahrungen gemein haben, die Westdeutsche

so nicht machen konnten, wird die politische Kultur beider Deutschländer eher weiter auseinander driften denn zusammenwachsen.“ (48) *Ostdeutschland fehlt so ein entscheidender Aspekt, der für stabile und intakte Zivilgesellschaften charakteristisch ist: die von einer eigenen Elite getragene Diskurs- und Reflexionskultur. Dieses Defizit macht die ostdeutsche Gesellschaft auch anfälliger für aggressive Formen der Krisenbewältigung.*

(10)

Aus der homogenen Arbeitergesellschaft der DDR wird nach der Wiedervereinigung eine fragile (instabile) Gesellschaft, die von virulenten Polarisierungen und prekären Lebensverhältnissen geprägt wird.

Die spätmodernen Gesellschaften des Westens sind von tiefen sozialen und mentalen Gräben durchzogen: traditionell und postmodern, hipster und abgehängt, reich und arm, links und rechts, gender und binär, Stadt und Land, Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer. In Ostdeutschland sind diese Gräben besonders tief. Es gibt wenige – und im Vergleich zum Westen relativ kleine – urbane Zentren, die prosperieren und eine Art Leuchtturmfunktion haben (könnten). Demgegenüber stehen ländliche und kleinstädtisch geprägte Regionen, die von der postmodernen bzw. postindustriellen Modernisierung abgehängt sind. Ostdeutschland ist soziokulturell gespalten. Die neue Mittelschicht der Spätmoderne, die Klasse der ambitionierten und flexiblen Wissensarbeiter, ist in Ostdeutschland relativ schwach vertreten. Im postindustrialisierten Westen ist sie in den großen prosperierenden Metropolregionen konzentriert, die es in Ostdeutschland im Grunde (noch) nicht gibt, abgesehen von Ansätzen in einigen größeren Städten wie Leipzig und Dresden oder einzelnen Universitätsstädten wie Jena. Dem akademisch-urbanen und dem unternehmerischen Aufstiegsmilieu steht im Osten eine große Gruppe von Menschen gegenüber, die mit der Einführung des „Westmodells“ Erfahrungen des sozialen Abstiegs und der sozialen bzw. wirtschaftlichen Abkopplung verbinden. Wenn die Postmoderne eine polarisierte Gesellschaft ist, weil sich die kulturellen, ökonomischen und sozialen Divergenzen zwischen den Klassen und Milieus zuspitzen, dann trifft dies auf Ostdeutschland im besonderen Masse zu. Viele Menschen fühlen sich zudem als Verlierer der Transformation. Die ehemals homogene DDR-Gesellschaft hat sich in kurzer Zeit in ein Land von mentalen Gegensätzen und sozialökonomischen Ungleichheiten verwandelt. Diese Polarisierungen sind gewiss sozialökonomisch bedingt und spalten die Gesellschaft in Arm und Reich, aber sie sind auch kulturell geprägt und gehen quer durch das Wohlstandsgefälle hindurch. Ob man sich als „Verlierer“ oder „Abgehängter“ fühlt, hängt nicht nur von der Teilhabe an den ökonomischen Ressourcen ab und ist nicht nur eine Frage von Arm oder Reich, sondern immer auch eine Frage von Kultur, von Werten und Lebensstil. Auch jene Ostdeutschen, die mit der Wiedervereinigung zu mehr Wohlstand gekommen sind, haben nicht selten mit den westlichen Institutionen und deren Repräsentanten Probleme, insbesondere aber mit dem postmodernen Zeitgeist, der seit den 1990er Jahren den Mainstream beherrscht und von den Leit-Medien propagiert wird. Der ostdeutsche (Industrie)Arbeiter – männlich und DDR-sozialisiert - ist der große Verlierer der Wiedervereinigung. Das Trauma der Deklassierung wirkt tief in die Familien und die industriell geprägten Milieus hinein und ist auch bei den nachfolgenden Generationen der Betroffenen spürbar und virulent. Die Ostdeutschen haben – im Zeitraffer – große

Umbrüche erlebt, die verarbeitet und geheilt werden müssen. Aber es mangelt an zivilgesellschaftlichem Potenzial und es fehlt vor allem auch eine eigene Elite und eine damit verbunden eigenständige Diskurskultur und -Plattform für die Reflexion und mentale Verarbeitung der speziellen Transformationserfahrungen. Die von Westdeutschen dominierten Eliten können dies offensichtlich nicht leisten. Sie reproduzieren sich weiter aus sich selbst und fremdeln mit der Mentalität und den speziellen Lebenserfahrungen der Ostdeutschen. Manche, wie Anne Hähmig, sind der Meinung, dass das Elitendilemma an den Ostdeutschen selbst liege, da sie unfähig wären, eine eigene Elite auszubilden. (49) Ich halte diese These zwar für fraglich, sie lenkt die Aufmerksamkeit aber auf eine sehr wichtige Frage: Wie kann es gelingen, dass im Osten endlich eine eigene Elite entsteht?

(11)

Der postmoderne Wandel erzeugt als dialektischen Gegensatz einen neuen Konservatismus, der besonders in Ostdeutschland Anklang und eine breite soziale Basis findet.

In Ostdeutschland hat sich eine konservative Grundhaltung herausgebildet und sukzessive verstärkt, die zwar an tradierte Mentalitätsmuster der Ostdeutschen anknüpft, aber sich hauptsächlich aus dem Dissens zum postmodernen Wandel speist, der in den letzten Jahrzehnten die westlichen Gesellschaften so dramatisch verändert und auch erschüttert. Dieser „neue Konservatismus“ ist derzeit weniger eine politische Bewegung von professionellen Akteuren oder Parteien, sondern mehr eine Gefühlslage bzw. eine gelebte Weltanschauung. Es ist ein spezifischer Konservatismus, der den Kapitalismus nur teilweise akzeptiert (in Bezug auf einen Wohlfahrtsstaat) und der insbesondere der neoliberalen Moderne mit ihrer Kultur des Individualismus und der digitalen Globalisierung ablehnend und verständnislos gegenübersteht. Je nach politischer Wetterlage kann sich diese konservative Grundhaltung in einer politisch rechten oder auch linken (wenn es entsprechende „linke“ Angebote gibt) Form äußern. Es ist ein bodenständiger Konservatismus, der für die Bewahrung von regionalen Gemeinschaften und eine deutliche Regulierung gesellschaftlicher Entwicklung eintritt. Aus der konservativen Brille gesehen bringt der postmoderne Wandel unter der Flagge des „Fortschritts“ oft das hervor, was man nicht haben will und zerstört zugleich das, was man bewahren möchte. Konservativ zu sein, bedeutet daher auch, dass man nicht (mehr) glaubt, dass Fortschritt an sich eine gute Sache ist und dass durch soziale Veränderungen – zumindest nicht durch jene, die im digital-postindustriellen Spätkapitalismus ablaufen - das Leben der Menschen grundsätzlich verbessert wird. Menschen mit dieser konservativen Grundhaltung fühlen sich in der spätmodernen Welt des „progressiven“ Neoliberalismus nicht zu Hause. Sie fühlen sich wie Fremde im eigenen Land. Und dieses Gefühl begleitet viele Ostdeutsche vom ersten Tag der Wiedervereinigung. Damals, in den frühen 1990er Jahren, wurde dieser Eindruck vor allem durch die biografischen Entwertungen und die allgemeine Deklassierung der ostdeutschen Herkunft hervorgerufen, aber auch durch die Turbulenzen der Wende und des Neuanfanges überdeckt. Das Gefühl ist nicht verschwunden, es ist geblieben und mit Wucht hervorgebrochen, als die Ostdeutschen in der neuen Ordnung angekommen waren und mit dem Aufstieg des Neo- und Linksliberalismus konfrontiert wurden, der ihre Werte und Lebenserfahrungen ein zweites Mal in Frage stellt und entwertet.

Ein Ergebnis der Nach-Wende-Entwicklung in Ostdeutschland besteht darin, dass das westliche bzw. bürgerliche Modell von Freiheit und Demokratie ganz erheblich von seinem Charme und seiner Anziehungskraft eingebüßt hat. Auch das hat viel mit dem Neoliberalismus zu tun, der mit der Wiedervereinigung über die ostdeutsche Gesellschaft hereingebrochen ist und die arbeitszentrierte Gemeinschaftswelt der ehemaligen DDR-Bürger verwüstete. Und als sich die Ostdeutschen damit irgendwie arrangiert hatten, wurden sie vom gesellschaftspolitischen Linkoliberalismus in Gestalt der Identitätspolitik und des Genderismus aufgeschreckt und erschreckt. Das politische System, das man Ausgang der 1980er Jahre so sehr ablehnte und dann auch abwählte, gewinnt im Rückblick wieder an Wert, ohne dass man es als solches zurückhaben wollte. Was aber bleibt, ist der Wunsch nach mehr Regulierung, Stabilität und Gemeinschaft. Platzeck sieht einen „wachsenden Hang zum Autoritären“, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, aber im Osten sei er noch stärker ausgeprägt. „Wir haben eine zunehmende Verdrossenheit oder Müdigkeit, was demokratische Abläufe angeht. Für viele werde, zumindest gefühlt, zu lange debattiert, zu wenig entschieden, und am Ende lande alles vor Gericht.“ Und: „Die Demokratie droht ihre Erotik zu verlieren“. (50)

(12)

Der Osten ist in weiten Teilen nicht rechts(extrem), sondern unzufrieden mit der postmodernen Entwicklung und deren Ausuferungen. Und dieser Dissens der Ostdeutschen mit dem „postmodernen Geist“ ist nicht einfach nur rückwärtsgewandt, sondern enthält auch eine zukunftsweisende Botschaft.

Die AfD hat im Osten mehr Wähler und Anhänger als vergleichsweise im Westen. Bedeutet das auch, dass es in Ostdeutschland ein gefestigtes rechtes Milieu gibt? Gibt es im Osten eine mentale Neigung zum Rechtsextremismus und hängt diese dann mit der Sozialisierung durch die DDR-Diktatur“ zusammen? Wer so fragt und denkt, ist auf der falschen Fährte. Die pauschale Einteilung in „Links“ und Rechts“ führt zu einem falschen und einseitigen Verständnis der Situation in Ostdeutschland. Wie will man erklären, dass sich ein großer Teil der Ostdeutschen in den 1990er Jahren in seiner politischen Grundhaltung bei der Linkspartei (damals PDS) zu Hause gefühlt hat, und mittlerweile in das Lager der AfD gewechselt ist? Und wenn es diesen plötzlichen Umstieg von links nach rechts gegeben haben soll, was soll diesen politischen Mentalitäts-Wechsel bewirkt haben?

In den modernen westlichen Gesellschaften geht es heute nicht mehr primär um eine Lagerbildung zwischen Links oder Rechts, sondern um die Frage von Deregulierung (Liberalisierung) oder Regulierung (Bewahrung).

Mit der Fokussierung auf die „Links-Rechts-Unterscheidung“ können wir die komplexen Prozesse und Lagerbildungen, die sich in den postmodernen Gesellschaften des Westens vollziehen, nicht mehr adäquat verstehen. Denn die übergreifenden politischen Grundkoordinaten in der Spätmoderne sind nicht mehr Links oder Rechts, sondern – wie Andreas Reckwitz behauptet - Liberalisierung oder Regulierung. (51) Die übergreifende Frage ist nicht (mehr), ob man sich einem politischen Lager zuordnet, was sich als Links darstellt oder ob man sich einer

Bewegung zugehörig fühlt, die als Rechts gilt. Die Frage ist vielmehr, ob man für die radikale Dynamisierung und Deregulierung von zuvor fixierten gesellschaftlichen Strukturen eintritt (Eigendynamik der Märkte, Überwindung der binären Geschlechterordnung) oder ob man sich für die Bewahrung und Regulierung von gesellschaftlichen Ordnungen einsetzt. Das Lager des radikalen Liberalismus hat seit geraumer Zeit zwei Gesichter, das bekannte Gesicht des rechten Neoliberalismus und das neue Gesicht des gesellschaftspolitischen Linksliberalismus. Während der Neoliberalismus auf die Öffnung der Märkte und den Abbau staatlicher Regulierungen setzt, engagiert sich der gesellschaftspolitische Linksliberalismus für die Dynamisierung der gesellschaftlichen Lebens-Muster und die Anerkennung und Selbstverwirklichung von kulturellen und sexuellen Identitäten. Rechter Neoliberalismus und gesellschaftspolitischer Linksliberalismus, die oft als Gegner hingestellt werden, sind keine „antagonistischen Gegensätze“, sondern erweisen sich strukturell als zwei Seiten jenes herrschenden liberalen Dynamisierungsparadigmas, das für eine forcierte Globalisierung, für eine Flexibilisierung bisheriger Lebensformen und einen entschiedenen Individualismus steht. Und dieser neue (totalitäre) Liberalismus, der sich beim Wandel der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft herausbildete, hat sozialstrukturell eine neue zentrale Trägergruppe: die neue Mittelklasse der Hochqualifizierten, die sich in den Metropolregionen konzentriert und sich durch hohe räumliche Mobilität auszeichnet. Diese neue Klasse „ist in einigen Teilen eher neoliberal ausgerichtet, in anderen eher linksliberal; partiell ist sie auch beides zugleich.“ (52)

Es ist dieser Graben zwischen Liberalisierung und Regulierung, der heute durch Deutschland geht und das Land spaltet. Ein Problem besteht darin, dass die Kritik am radikal-liberalen Paradigma derzeit vor allem von rechtspopulistischen Kräften wie der AfD vorgetragen wird und damit der Dissens zum progressiven Neoliberalismus als rechts(extrem) verortet und verkannt werden kann. Ein großer Teil der Ostdeutschen lehnt den alten wie den neuen Radikal-Liberalismus ab, nicht erst heute, sondern auch schon in den 1990er Jahren, als viele die Linkspartei wählten. Wenn Ostdeutsche heute mit der AfD sympathisieren und diese Partei wählen, dann tun sie das in der Regel nicht, weil sie rechtsextreme Anschauungen vertreten, sondern weil die AfD jene Partei ist, die den Dissens mit dem postmodernen (Neo)Liberalismus am klarsten – wenn auch in rechtspopulistischer Form - zum Ausdruck bringt.

In Ostdeutschland stellt sich der Grundkonflikt zwischen dynamischer Liberalisierung und bewahrender Regulierung zugespitzter und konfrontativer dar, weil die Mehrheit der Gesellschaft hier konservativer und traditioneller geprägt ist als im Westen (eine Nachwirkung der DDR-Sozialisation) und weil die neue urbane Mittelschicht vergleichsweise gering vertreten ist. Viele im Osten nehmen zudem den in den Medien und in der Politik dominierenden neo- und linksliberalen Zeitgeist als eine Art westliche Bevormundung wahr und sind offenbar der Meinung, dass es drängendere und wichtigere Probleme bzw. Herausforderungen gibt, als die Gesellschaft nach Gender-Prinzipien umzugestalten oder den Kampf gegen Diskriminierung bis zur Eliminierung von Straßennamen und die Beseitigung von historischen Erinnerungen an Personen zu vollziehen, die aus Sicht der aktuellen Identitätspolitik als nicht korrekt erscheinen. Die Kluft zwischen der konservativen Mehrheit und dem

etablierten neoliberalen System und seinen Leitmedien ist nirgendwo so groß wie in Ostdeutschland. Der Zeitgeist, getragen von der urbanen akademischen Avantgarde, mag linksliberal oder neoliberal sein, aber die Mehrheitsmeinung im Osten ist immer noch anders, nämlich vom Verlust einer gesicherten industriellen Welt geprägt und grundsätzlich konservativ eingestellt. Die „Mehrheitsmeinung der Leitartikler“ entspricht so oft nicht der „Mehrheitsmeinung der Bevölkerung“, schreibt Anne Hähig in der „Zeit“ und sie hat recht. (53) Die Diskurshoheit der neuen Mittelklasse ist auch im Osten sichtbar, aber sie wird hier auch von einem größeren Teil der Bevölkerung abgelehnt. Das, was von offiziellen Medien und einigen Auftrags-Studien als politisch rechts in Ostdeutschland interpretiert und verortet wird, ist von der Grundsubstanz her nicht rechts(extrem,) sondern bringt vielmehr eine verfestigte Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik und Entwicklung insgesamt zum Ausdruck. Die Mehrheit der Ostdeutschen ist weder rechtsradikaler oder extremistischer als Westdeutsche, sie hat aber mehr Probleme mit dem neuen totalitären Liberalismus, das heißt mit jenem Komplex von Neoliberalismus und Linksliberalismus, der im Namen der Freiheit die Grundfesten der bisherigen Lebensweise umstülpen will. Viele Ostdeutsche kommen mit der um sich greifenden radikalen Deregulierung der Gesellschaft und den neuen postmodernen Chimären nicht klar. Dass dieses Unbehagen bei den Ostdeutschen besonders ausgeprägt zu sein scheint, hat gewiss mit ihrer Herkunft und ihren Erfahrungen zu tun, aber auch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen im Osten Deutschlands. Bei den Älteren ist dieses Unbehagen zudem mit einem Deja-vue-Gefühl verbunden: nämlich das Versagen eines etablierten politischen Systems schon einmal erlebt zu haben.

Der Dissens, den viele der Ostdeutschen mit dem neoliberalen Establishment und dem gesellschaftspolitischen Linksliberalismus haben, beinhaltet den Wunsch nach einer stärkeren Regulierung von gesellschaftlicher Entwicklung und nach Erhalt bzw. Revitalisierung von sozialem Zusammenhalt und Gemeinschaft. Dieser Wunsch korreliert mit Bestrebungen, die sich für mehr Nachhaltigkeit und das Überleben der bedrohten Art des homo sapiens einsetzen. Man kann daher den Konservatismus der Ostdeutschen auch als Signal für den Aufbruch eines neuen Paradigmas sehen, das für Regulierung und Bewahrung steht. Die Rebellion der Ostdeutschen gegen den neo- und linksliberalen „Zeitgeist“ würde so eine zukunftsweisende Botschaft enthalten. Diese wird derzeit allerdings vor allem von rechten Kräften vereinnahmt und artikuliert. Die etablierten demokratischen Parteien, einschließlich die Linke (als ehemalige Vertreterin der ostdeutschen Interessen) haben das Feld der Auseinandersetzung mit dem neo- und linksliberalen Modernisierungskartell weitgehend dem sogenannten rechten Populismus überlassen, weil sie sich selbst im Paradigma der totalen Liberalisierung verfangen haben und damit Teil dieses neoliberalen Kartells geworden sind. Darin besteht das Versagen des politischen Establishments. Der rechte Populismus bezieht seinen Erfolg daraus, dass er die Sorgen und Befindlichkeiten von Gruppen anspricht und thematisiert, die mit dem Modus der spätmodernen Modernisierung Probleme haben. Er profitiert im Osten nicht zuletzt auch davon, dass sich die politische Linke als die Interessenvertreterin der Ostdeutschen verabschiedet hat und auf das Feld der emanzipatorischen Identitätspolitik umgestiegen ist. Was das Land braucht, das sind programmatische Konzepte für eine stärkere nachhaltige Regulierung der Gesellschaft, die sich von rechtsradikalen Vorstellungen klar abgrenzen. Darin besteht auch eine große Chance für die inhaltliche und organisatorische Erneuerung der politischen Linken und für die Entstehung einer wirklichen emanzipatorischen Bewegung, die sich unter

dem Banner eines konstruktiven Regulierungs-Paradigmas formiert und neu aufstellt. Man kann daher den Konservatismus der Ostdeutschen auch als Signal für den Aufbruch eines neuen Paradigmas sehen, das für Regulierung und Bewahrung steht und dass sich mit Nachhaltigkeits-Bewegungen verbündet. „Nach drei Jahrzehnten Deutsche Einheit wird deutlich, dass sich Ost-West-Unterschiede nicht ausschleichen, sondern als kontrastreiche Strukturunterschiede der politischen Kultur, der Mentalitäten und der Sozialstruktur erhalten bleiben.“ (54) Der Osten bringt dabei neue Aspekte in das neue Deutschland ein, die eine Bereicherung bedeuten. Man muss dem Osten aber zuhören und ihn verstehen (wollen). Und deshalb ist Steffen Mau nur zuzustimmen: „Wir brauchen Vorstellungen und Begriffe davon, was die Entfremdung und das Ressentiment im Osten Deutschlands antreibt, welche politischen Bewusstseinsformen sich ausgebildet haben. Dazu gehört, dass der Osten unverstanden bleibt, wenn man ihn nur im Hohlspiegel des Westens analysiert, nicht im Eigensinn der Kultur und Mentalitäten vor Ort. Es scheint eine Erkenntnis der jüngeren Geschichte zu sein: Das Erbe der DDR und die sozialen Schattenseiten der Transformation lassen sich nicht einfach so abschütteln.“ (55) Wenn aber die Ostdeutschen anders sind und für eine längere Zeit auch bleiben, dann muss man sie in ihrem Anders-Sein annehmen, ja man muss dieses Anders-Sein-Wollen der Ostdeutschen nicht nur akzeptieren, sondern als Bereicherung für „uns alle“ (Friedrich Merz) empfinden.

Quellen

1. Ostdeutschland: „Nicht in der Demokratie angekommen“. In: Die Zeit. Zeit Online. 29. Mai 2021. <https://www.zeit.de>
2. Christine Keilholz. Wanderwitz spricht für den Osten. In: LVZ. 02. Juni 2021, S. 8
3. Christine Keilholz. Wanderwitz spricht für den Osten. In: LVZ. 02. Juni 2021, S. 8
4. Markus Decker. Wanderwitz ist mutig. In: LVZ. 31. Mai 2021, S. 2
5. Iris Gleicke. Das ist politisch nicht akzeptabel. Streit um die Bemerkung über „Rechtslastigkeit“ von Ostdeutschen. In: LVZ. 01. Juni 2021, S. 3
6. ebenda
7. Wenn von der „nachholenden Modernisierung“ Ostdeutschlands gesprochen wird, ist im Allgemeinen der Transfer des westlichen Systemmodells (Institutionen und Regeln) und die Angleichung Ostdeutschlands an den westlichen Standard gemeint, verbunden mit der Erwartung, dass die Ostdeutschen binnen weniger Jahre so „modern“ werden würden, wie die Westdeutschen schon sind.
8. Rainer Geißler. Wandel der Sozialstruktur. Nachholende Modernisierung. Internet. 16.6.2009; Rainer Geißler. Die Sozialstruktur Deutschlands. 5. Auflage. Wiesbaden 2008, S. 165ff.
9. Rainer Geißler. Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. (Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. November 2010. WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. www.fes.de/wiso. ISBN: 978-3-86872-490-5, S. 17
10. Wolfgang Engler/Jana Hensel. Wer wir sind. Die Erfahrung ostdeutsch zu sein. Berlin 2018, S. 88
11. ebenda, S. 88
12. Ilko-Sascha Kowalczyk. Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München, 2019, S. 144
13. ebenda, S. 140

- 14.W.F. Ogburn. Kultur und sozialer Wandel. Ausgewählte Schriften. Darmstadt 1969; W.F. Ogburn. Technological Trends and National Policy. 1937; W.F. Ogburn. Social Change with Respect to Culture and Original Nature. 1922
- 15.Horst Poldrack. Soziales Engagement im Umbruch. Zur Situation in den neuen Bundesländern. In: ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis. Nr. 18. Köln 1993
- 16.Michael Hofmann. Soziale Strukturen in Ostdeutschland. bpb Bundeszentrale für politische Bildung. Internet. 04.02.2020
- 17.Michael Hofmann. ebenda; Michael Hofmann/Dieter Rink. Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Berlin 1993, 26-27
- 18.Rainer Geißler. Die Sozialstruktur Ostdeutschlands. 5. Auflage. Wiesbaden. 2008, S. 165ff
- 19.ebenda
- 20.Andreas Reckwitz. Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. 7. Auflage. Suhrkamp Verlag Berlin, 2020
- 21.Ilko-Sascha Kowalczyk. Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München, 2019, S. 144
- 22.ebenda, S. 146
- 23.ebenda, S. 141ff.
- 24.Michael Hoffmann. Sozialstrukturen in Ostdeutschland. bpb Bundeszentrale für politische Bildung. Internet. 04.02.2020
- 25.Andreas Reckwitz. Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. 7. Auflage. Suhrkamp Verlag Berlin, 2020, S. 103
- 26.ebenda, S. 102 ff
- 27.ebenda, S. 105 f
- 28.ebenda, S. 106
- 29.Rainer Geißler. Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. (Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. November 2010. WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. www.fes.de/wiso. ISBN: 978-3-86872-490-5, S. 17 ff
- 30.ebenda, S. 15
- 31.Yana Milev, Das Treuhand Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme. Berlin 2020
- 32.Andreas Reckwitz. Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. 7. Auflage. Suhrkamp Verlag Berlin, 2020, S. 109 ff
- 33.Der neue Klassenkampf. Interview von Ellen Daniel und Michael Miersch mit Andreas Reckwitz. 12. April 2020. In: <https://www.salonkolumnisten.com>
- 34.Andreas Reckwitz. Das Ende der Illusionen. ebenda S. 109 ff
- 35.Horst Poldrack. Soziales Engagement im Umbruch. Zur Situation in den neuen Bundesländern. In: ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis. Nr. 18. Köln 1993, S. 26 ff
- 36.ebenda, S. 63
- 37.Steffen Mau. Eine Skizze zur ostdeutschen Sozialpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Deutsche Einheit. 70. Jahrgang, 28-29/2020. 06. Juli 2020, S. 12
- 38.Ilko-Sascha Kowalczyk. Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München, 2019, S. 184
- 39.Peter Krause/Jan Goebel/Martin Kroh/Gert G. Wagner. 20 Jahre Wiedervereinigung: wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind. Wochenbericht des DIW. Berlin 44/2010. S. 4; Christian Cadenbeck/Bastian Obermayer. Geschlossene Gesellschaft, In: Süddeutsche Zeitung. Magazin. Heft 30/2010. S. 3
- 40.Jürgen Angelow. Arrangement oder Verdrängung. Zum historischen Platz der ostdeutschen Eliten in der Bundesrepublik. Internet. <https://www.rosalux.de> Eliten-Beitrag-Angelow

41. Steffen Mau. Eine Skizze zur ostdeutschen Sozialpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Deutsche Einheit. 70. Jahrgang, 28-29/2020. 06. Juli 2020, S. 14
42. Raj Kollmorgen. „Der Stallgeruch der Macht. Wie es um die ostdeutschen Eliten steht.“ In: Wirtschaft und Markt. Das ostdeutsche Wirtschaftsportal. Berlin, 17. August 2019
43. ebenda
44. Anne Hähnig. Der Osten braucht eine neue Elite. In: Die Zeit. Zeit im Osten. No. 23, 28. Mai 2020., S. 16-17
45. Stefan Bollinger. Grundsatzentscheidung gegen Intellektuelle. Deutschland braucht die ostdeutschen Sozialwissenschaftlerinnen. In: Linksnet. 29.07.2019, S. 1
46. Jürgen Habermas. 30 Jahre danach: Die zweite Chance. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Ausgabe September 2020. S. 2
47. Jürgen Habermas. Ebenda
48. Stefan Bollinger. Grundsatzentscheidung gegen Intellektuelle. Deutschland braucht die ostdeutschen Sozialwissenschaftlerinnen. In: Linksnet. 29.07.2019, S. 1
49. Anne Hähnig
50. Christine Hoffmann. Die Weltmacht der Kindheit. In: Spiegel Edition. 3/2020, S. 151
51. Andreas Reckwitz. Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. 7. Auflage. Suhrkamp Verlag Berlin, 2020, S. 263
52. Andreas Reckwitz. ebenda, S. 262
53. Anne Hähnig. Einer für fast alle. In: Die Zeit. 10. Juni 2021. No.24, S. 1
54. Steffen Mau. Eine Skizze zur ostdeutschen Sozialpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Deutsche Einheit. 70. Jahrgang, 28-29/2020. 06. Juli 2020, S. 16
55. ebenda

Autor: Dr. Horst Poldrack
Chopinstraße 3, 04103 Leipzig
Tel. 0172 3536724
E-Mail: horst.poldrack@me.com